

Dringliche Anfrage

Hannover, den 15.10.2019

Fraktion der AfD

Jüdisches Leben schützen - Was unternimmt die Landesregierung?

Der Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019, der Messerangriff eines Syrers auf eine Berliner Synagoge am 4. Oktober 2019 in Berlin und der jährlich stattfindende, aus dem Umfeld der Hizb Allah organisierte al-Quds-Marsch¹ bedrohen jüdisches Leben in Deutschland.

Der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, erklärte in der Fernsehsendung „Hart aber Fair“ am 14. Oktober 2019: „Ich muss immer einkalkulieren, dass das, was ich verbal mache, am Ende in Gewalt umgesetzt wird.“² Die Hizb Allah hat in Niedersachsen 150 Mitglieder bzw. ihr zuzurechnende Personen³ und ist laut niedersächsischem Verfassungsschutz Teil der schiitisch geprägten Islamistszene, deren wichtigste und größte Veranstaltung der alljährlich stattfindende al-Quds-Tag ist. Auf dieser besonders von Anhängern der Hisbollah besuchten Veranstaltung werden Parolen gerufen wie „Zionisten ins Gas“, „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, es sind Plakate zu sehen, auf denen zu lesen ist „Rabbi trinkt Kinderblut“, und es kam wiederholt zu Angriffen auf Kippaträger⁴.

Die Hizb Allah bekämpft Israel mit terroristischen Mitteln, bestreitet dessen Existenzrecht⁵ und beteiligt sich in Deutschland an gegen Israel gerichteten Aktivitäten⁶. Nach Auskunft der Landesregierung⁷ fördern in Niedersachsen ansässige und der Hizb Allah zuzurechnende, in einer niedrigen zweistelligen Anzahl vorhandene, Vereine zumindest mittelbar den bewaffneten Kampf gegen Israel. Regelmäßig reisen Funktionäre der Hizb Allah aus dem Libanon zu besonderen Anlässen an⁸.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vertritt Innenminister Pistorius die Ansicht, es bestünde die rechtliche Verpflichtung, Kämpfer und Anhänger des „Islamischen Staates“, die deutsche Staatsangehörige sind, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen⁹. Der „Islamische Staat“ strebt danach, den Staat Israel und das gesamte jüdische Volk zu vernichten¹⁰. Die Reichweite staatlicher Schutzpflichten wird in der Rechtsprechung insbesondere für im Ausland befindliche Deutsche nicht eindeutig beantwortet und ist auch im rechtswissenschaftlichen Schrifttum umstritten¹¹.

¹ Wolter, Udo, Beispiel Al-Quds-Tag - Islamistische Netzwerke und Ideologien unter Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Intervention, S. 16 (https://web.archive.org/web/20150923214652/http://www.digberlin.de/dig/wp-content/uploads/2009/11/gutachten__Quds.pdf)

² <https://www.ardmediathek.de/daserste/player/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTk1YTBMmMjVhLWE1YjMtNDU5Zi1hMThhLTliZDY0ZTYzNDNmNA/wieder-da-oder-nie-wirklich-weg-wie-stark-ist-der-judenhass-in-deutschland>

³ Vorabfassung Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2018, S. 109; Drucksache 18/4213

⁴ <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/kippa-und-quds-marsch/>

⁵ Vorabfassung Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2018, S. 109

⁶ Vorabfassung Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2018, S. 110

⁷ Drucksache 18/4753

⁸ Drucksache 18/4753

⁹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/boris-pistorius-spd-fordert-aufnahme-von-deutschen-is-kaempfern-aus-nordsyrien-a-1291736.html>

¹⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz, Antisemitismus im Islamismus, S. 35 (<https://www.verfassungsschutz.de/download/broschuere-2019-06-antisemitismus-im-islamismus.pdf>)

¹¹ Vgl. Schwander, NVwZ 2019, 1260, 1261 m. w. N.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum können sich in Niedersachsen 150 Mitglieder bzw. Anhänger der Hizb Allah in Vereinen organisieren, obwohl das erklärte Ziel der Hizb Allah die Zerstörung des Staates Israel und die Vernichtung der Juden ist?
2. In welcher Form werden die der Hizb Allah zugerechneten Vereine durch das Land Niedersachsen gefördert, obwohl der Landesregierung bekannt ist¹², dass die Aktivitäten dieser Vereine sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten?
3. Hält die Landesregierung es mit ihrer Schutzpflicht für Juden in Niedersachsen für vereinbar, dass sie sich für die Rückholung von Kämpfern des „Islamischen Staates“ ausspricht, obwohl dieser die Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes anstrebt?

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹² Vgl. Drucksache 18/4213.

(Verteilt am 21.10.2019)